

Stand: 27.04.2024 05:49:48

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/13059

"Die Empfehlungen der Kommission zum zweiten Sozialbericht dürfen nicht länger ignoriert werden!"

---

Vorgangsverlauf:

1. Antrag 16/13059 vom 03.07.2012
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/14170 des SO vom 18.10.2012
3. Beschluss des Plenums 16/14616 vom 06.11.2012
4. Plenarprotokoll Nr. 111 vom 06.11.2012

## Antrag

der Abgeordneten **Angelika Weikert, Christa Steiger, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Thomas Beyer, Annette Karl, Bernhard Roos, Inge Aures, Harald Güller, Volkmarr Halbleib, Natascha Kohnen, Franz Maget, Markus Rinderspacher SPD**

### **Die Empfehlungen der Kommission zum zweiten Sozialbericht dürfen nicht länger ignoriert werden!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, noch in diesem Jahr auf Landesebene sowie im Bundesrat Gesetzesinitiativen zur Prävention von Armut – insbesondere der prognostizierten Altersarmut – durch die Eindämmung atypischer Beschäftigung und die Sicherung ausreichender Erwerbseinkommen vorzulegen.

Diese Initiativen sollen insbesondere folgende Maßnahmen umfassen:

- Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes und Einbeziehung aller Arbeitsverhältnisse in die Sozialversicherungspflicht sowie Einschränkung der Möglichkeiten zur Befristung von Arbeitsverträgen,
- Stärkung der Tarifbindung sowie Sicherstellung der Bezahlung nach Branchentarif und Erleichterung der Erteilung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen,
- Eindämmung des Missbrauchs von Zeitarbeit durch die gesetzliche Gleichstellung von Stammbeschäftigten und Leiharbeitern bei den Löhnen und die Wiedereinführung des Synchronisationsverbots,
- Bekämpfung der Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen und Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere durch attraktive Angebote in der Kinderbetreuung,
- Schaffung eines über Modellprojekte hinausgehenden „sozialen Arbeitsmarktes“ zur Integration und Qualifikation von Langzeitarbeitslosen,
- Schaffung einer gesetzlichen Regelung zur Durchsetzung der Tariftreue bei öffentlichen Auftragsverfahren in Bayern (Tariftreuegesetz).

### **Begründung:**

Unter breiter Einbeziehung von Experten aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Institutionen und Verbänden hat die von Ministerpräsident Seehofer eingesetzte Kommission „Anforderungen aus dem zweiten Bayerischen Sozialbericht“ einen umfassenden Maßnahmenkatalog zur Eindämmung atypischer Beschäftigung und zur Prävention der mit ihr einhergehenden Armutsrisiken erarbeitet. Der Bericht „Soziale Lage in Bayern 2011“ hat erneut die Brisanz des Themas und die Notwendigkeit zum politischen Handeln deutlich gemacht. Umso unverständlicher ist der Umgang des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Frauen mit den Handlungsempfehlungen der Kommission. Die im März vorgelegte Stellungnahme des Ministeriums verwirft einen Großteil der von den Experten unterbreiteten Vorschläge und entwickelt u.E. keine zufriedenstellenden Alternativen. Insbesondere die von den Experten prognostizierte Altersarmut droht deshalb einzutreffen. Angesichts dieser Bedrohung dürfen die Vorschläge der Kommission nicht länger ignoriert werden, sondern müssen zügig durch Gesetzesinitiativen auf Bundes- und Landesebene umgesetzt werden.

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit**

**Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Christa Steiger,  
Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD**  
Drs. 16/13059

**Die Empfehlungen der Kommission zum zweiten Sozialbericht dürfen  
nicht länger ignoriert werden!**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Angelika Weikert**  
Mitberichterstatler: **Joachim Unterländer**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 83. Sitzung am 12. Juli 2012 beraten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Ablehnung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
FDP: Ablehnung  
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 184. Sitzung am 18. Oktober 2012 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Ablehnung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
FDP: Ablehnung  
Ablehnung empfohlen.

**Brigitte Meyer**  
Vorsitzende

## **Beschluss**

### **des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Christa Steiger, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Thomas Beyer, Annette Karl, Bernhard Roos, Inge Aures, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Franz Maget, Markus Rinderspacher SPD**

Drs. 16/13059, 16/14170

**Die Empfehlungen der Kommission zum zweiten Sozialbericht dürfen nicht länger ignoriert werden!**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Franz Maget**

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

### **Abstimmung**

**über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)**

Ausgenommen von der Abstimmung sind die Listennummern 7 und 44, die einzeln beraten werden sollen. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? - Auch keine. Dann ist einstimmig so beschlossen. Der Landtag hat damit diese Voten übernommen.

